



VORSCHLÄGE FÜR DIE EU-KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Auf Einladung der deutschen Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa (VDFG) und ihrer französischen Partnerorganisation Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA) haben sich am 9.2.2022 mehr als 150 Personen aus beiden Ländern an einer Videokonferenz beteiligt, um einen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas zu leisten.

Dabei wurden vier Themengebiete behandelt:

1. Ein kritischer Blick auf die Zukunftskonferenz: Démos und kratos - Stärkere Zivilgesellschaft = Mehr Demokratie?
2. Europäische Kulturpolitik: Mehrsprachigkeit als Schlüssel für eine europäische Identität
3. Europäische Gesundheitspolitik: Wie die Pandemie ein Politikfeld von hinten aufrollt
4. Zukunft verschlafen? Top-Priorität von Klima und Energie: Europa vor einer großen Herausforderung

Daraus ergaben sich folgende Vorschläge, die VDFG und FAFA für die weiteren Beratungen der Zukunftskonferenz vorlegen.

1. Zu Themengebiet 1: Ein kritischer Blick auf die Zukunftskonferenz: Démos und kratos - Stärkere Zivilgesellschaft = Mehr Demokratie?

- 1.1. Die Erwartungen der Zivilgesellschaft an die EU übersteigen oft deren Zuständigkeiten. Um den Erwartungen besser zu entsprechen, müssen die Mitgliedstaaten bereit sein, der EU auf wichtigen Gebieten mehr Kompetenzen zu übertragen, insbesondere etwa in der europaweiten Gesundheitspolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn dazu keine Einigung unter den 27 Mitgliedstaaten erzielt werden kann, sollten „willige“ Mitgliedstaaten mit eigenen Vereinbarungen vorangehen (Beispiel: Schengen, Euro). Die Konferenz sollte zu einem politischen Druck in den Mitgliedstaaten führen, der zu einem neuen Vertrag für mehr Europa führen kann.
- 1.2. In einigen Mitgliedstaaten wird der Vorrang von EU-Recht gegenüber nationalem Recht in Frage gestellt. Dies stellt ein großes Problem dar. Die EU muss sicherstellen, dass der Grundsatz „EU-Recht bricht nationales Recht“ von allen Mitgliedstaaten eingehalten wird. Denn nur so kann die Grundlage der Union, ihre Rechtsgemeinschaft, erhalten und für die Gesellschaft als Errungenschaft Europas erfahrbar werden.

2. Zu Themengebiet 2: Europäische Kulturpolitik: Mehrsprachigkeit als Schlüssel für eine europäische Identität

- 2.1. Erst Mehrsprachigkeit erlaubt die Entwicklung einer europäischen Identität, die ja in ihrer nationalen und kulturellen Vielfalt liegt. Deshalb ist die Förderung von Schulaustauschen und Fremdsprachenunterricht so früh wie möglich zu stärken, auf EU-Ebene etwa nach dem Muster des Erasmus-Programms.
- 2.2. Insbesondere sollte die Möglichkeit gefördert werden, schon Grundschüler in die Sprache des nächstliegenden Nachbarlandes einzuführen.
- 2.3. Die EU ist aufgefordert, die vom Europäischen Rat 2002 beschlossenen „Ziele von Barcelona“ umzusetzen und einen „Europäischen Sprachenfonds“ einrichten, mit dem

Aktionen zur Förderung der Lust zum Erlernen von Sprachen unterstützt werden können.

3. **Zu Themengebiet 3: Europäische Gesundheitspolitik:
Wie die Pandemie ein Politikfeld von hinten aufrollt**

- 3.1. Die Corona-Pandemie hat offen gelegt, wie sehr die Staaten Europas auch im Gesundheitsbereich aufeinander angewiesen sind. Während Notfallbehandlungen grenzüberschreitend problemlos möglich sind, bestehen für planmäßige Behandlungen immer noch zahlreiche administrative und organisatorische Hindernisse, etwa für die Kostenübernahme durch Krankenkassen. Deshalb sind vor allem direkte Kooperationsmöglichkeiten der Gesundheitssysteme besonders in Grenzgebieten zu fördern bzw. zu ermöglichen.
- 3.2. Eine europäische Struktur aus Vertretern der obersten nationalen Gesundheitsbehörden zur Krankheitsüberwachung und -prävention (in Deutschland: RKI, in Frankreich: Santé Publique) sollte geschaffen werden, um regelmäßige Treffen zur Lageinschätzung abzuhalten und im Krisenfall umgehend Beratung liefern zu können, insbesondere im Hinblick auf grenzüberschreitende Maßnahmen.
- 3.3. Eine Europäische Akademie der Wissenschaften könnte Europa im globalen wissenschaftlichen Diskurs eine starke Stimme geben.

4. **Zu Themengebiet 4: Zukunft verschlafen? Top-Priorität von Klima und Energie:
Europa vor einer großen Herausforderung.**

- 4.1 Die Umsetzung der Klimaziele der EU stellt eine wirtschaftliche, finanzielle und soziale Herausforderung ungeheuren Ausmaßes dar. Zur Finanzierung der Umsetzung sollte der EU ein eigenes Besteuerungsrecht übertragen werden, z.B. auf der Basis der auf französisch-deutsche Initiative von den G20 beschlossenen Mindeststeuer für Unternehmen. Die Mitgliedstaaten sollten der EU-Kommission das Recht einräumen, diese Steuer auf im EU-Markt erzielte Gewinne zu erheben.
- 4.2 Die Umsetzung der von der EU angestrebten Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele stellt auch eine erhebliche Herausforderung an den europäischen Arbeitsmarkt dar. Neben einem zunehmenden Fachkräftemangel besteht gleichzeitig unverändert in vielen EU-Mitgliedstaaten eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, welche zu sozialen Spannungen führt. Es wird deshalb eine Ausbildungsinitiative der EU angeregt, in der Ausbildung befindliche bzw. arbeitssuchende Jugendliche besonders in Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit rechtzeitig über die europäischen Bedarfe proaktiv zu informieren - über eine Art strategischen europäischen Jobpol. Dieser würde auch zwangsläufig zu einer aktiveren Auseinandersetzung mit dem Thema Sprachwahl, Multikulturalität und europäische Identität führen.
- 4.3 Die innere Sicherheit der EU wird durch Migrationsströme aus Afrika und dem Mittleren und Nahen Osten gefährdet. Eine europaweite Ausbildungsallianz für Entwicklung und Klima könnte Fachkräfte aus Afrika und dem Mittleren und Nahen Osten in die Lage versetzen, Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von erneuerbaren Energien (Photovoltaik/ Wasserstoff, synthetisches Benzin) vor Ort zu errichten und vor allem zu betreiben. Damit kann es gelingen, maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Regionen beizutragen.
- 4.4 Die Gelbwestenbewegung in Frankreich und die sozialen Bedenken wegen der Einstellung des Braunkohleabbaus in Deutschland und Polen zeigen deutlich, dass die Verteuerung von Energie und die Umstellung auf die Co2-freie Energieerzeugung mit

VDFG für Europa e.V.

Generalsekretariat	Postanschrift	Telefon:	Bankverbindung
c/o Institut Français Mainz Schillerstraße 11 D-55116 Mainz	VDFG Postfach 1106 55001 Mainz	(0049)-178 6659481 Mobil: (0049)-171 5420056 E-Mail: info@vdfg.de Internet: http://www.vdfg.de	Deutsche Bank Main BIC (SWIFT): DEUT DE DBMAI IBAN: DE45 550 700 240 0139170 00

sozialen Härten für weite Teile der Bevölkerung einhergehen. Im Rahmen des Green Deals der EU sollte die soziale Komponente unbedingt stärker beachtet werden.

Französische Fassung der Vorschläge:

**PROPOSITIONS
POUR LA CONFÉRENCE SUR L'AVENIR DE L'EUROPE**

A l'invitation de la fédération allemande „Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa“ (VDFG) et de son partenaire français, la „Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe“ (FAFA), plus de 150 personnes des deux pays se sont réunies, le 9 février 2022, en visio-conférence afin d'apporter des contributions à la Conférence sur l'avenir de l'Europe.

Les quatre thèmes suivants ont été abordés:

1. Regard critique sur la conférence sur l'avenir - démos et kratos - une société civile plus forte = plus de démocratie ?
2. Une politique culturelle européenne - le plurilinguisme, clé de l'identité européenne
3. La santé en temps de crise - Comment la pandémie bouleverse un champ politique
4. Réveillez-vous! Priorité absolue au climat et à l'énergie - L'Europe face à un défi majeur.

Sont ressorties des discussions les propositions suivantes que la FAFA et la VDFG soumettent pour les délibérations de la conférence sur l'avenir.

Thème no. 1: Regard critique sur la conférence sur l'avenir - démos et kratos - une société civile plus forte = plus de démocratie ?

- 1.1. Les attentes de la société civile dépassent souvent les compétences de l'UE. Afin de pouvoir mieux répondre à celles-ci, les Etats membres doivent être prêts à transférer à l'UE des compétences politiques importantes, telles que en particulier la politique de santé au niveau européen, la politique étrangère et de sécurité. Si un accord parmi les 27 États membres ne s'avérait pas être possible, les États qui en ont la volonté politique devraient pouvoir avancer avec des accords spéciaux (de type Schengen, Euro). La conférence doit créer une pression politique sur les États membres afin de permettre la conclusion d'un nouveau traité pour plus d'Europe.
- 1.2. Dans certains États membres, la primauté du droit communautaire par rapport au droit national est remise en question. Cela constitue un problème majeur. L'UE doit s'assurer du respect du principe de la primauté du droit communautaire au droit national dans tous les États membres. Car c'est la condition pour sauvegarder les fondements de l'Union, la communauté de droit et de la faire vivre par la société comme acquis de l'Europe.

Thème no. 2: Une politique culturelle européenne - le plurilinguisme, clé de l'identité européenne

- 2.1. Le plurilinguisme constitue la base du développement d'une identité européenne qui est caractérisée par la diversité nationale et culturelle. C'est pour cela que les échanges d'étudiants et l'enseignement des langues étrangères doivent être proposés aux jeunes le plus tôt possible ; au niveau de l'UE, le programme Erasmus Plus peut servir d'exemple.
- 2.2. Les États membres devraient créer pour les élèves des maternelles déjà l'opportunité d'une initiation à la langue du pays voisin le plus proche.

VDFG für Europa e.V.

Generalsekretariat	Postanschrift	Telefon:	Bankverbindung
c/o Institut Français Mainz Schillerstraße 11 D-55116 Mainz	VDFG Postfach 1106 55001 Mainz	(0049)-178 6659481 Mobil: (0049)-171 5420056 E-Mail: info@vdfg.de Internet: http://www.vdfg.de	Deutsche Bank Main BIC (SWIFT): DEUT DE DBMAI IBAN: DE45 550 700 240 0139170 00

- 2.3. L'UE doit réaliser les "objectifs de Barcelone", décidés au Conseil européen 2002, et créer un "Fonds européen de soutien à l'apprentissage des langues" pour des actions de communication et contribuer ainsi à éveiller la curiosité, élargir les horizons, susciter l'envie d'apprendre les langues et offrir de nouvelles opportunités aux jeunes citoyens de l'UE.

Thème no.3: La santé en temps de crise - Comment la pandémie bouleverse un champ politique

- 3.1. La pandémie a montré à quel point les États européens dépendent les uns des autres dans le domaine de la santé. Tandis que le traitement des urgences transfrontalières ne posent aucun problème, il existe encore de nombreux obstacles administratifs dans l'organisation de la médecine „ordinaire“ quand il s'agit de prendre en charge les frais induits par les assurances maladie. C'est pour cela que les possibilités de coopération directe entre systèmes de santé, en particulier dans des régions transfrontalières, doivent être créées et promues.
- 3.2. L'UE devrait créer une structure européenne des représentants des plus hautes autorités nationales de santé pour la surveillance et la prévention des maladies (en Allemagne le RKI, en France Santé Publique FRANCE) qui tiendrait des réunions régulières pour analyser la situation sanitaire et qui serait prête, en cas de crise, à proposer du conseil, en particulier en ce qui concerne des mesures transfrontalières.
- 3.3. Une Académie Européenne des Sciences pourrait donner à l'Europe un rôle qui renforcerait l'Europe dans le concert mondial des sciences.

Thème no. 4: Réveillez-vous! Priorité absolue au climat et à l'énergie - L'Europe face à un défi majeur.

- 4.1. La réalisation des objectifs climatiques de l'UE pose des défis économiques, financiers et sociaux inédits. Pour atteindre ces objectifs, l'UE devrait pouvoir disposer de ressources propres. Pour cela, les États membres devraient transférer à l'UE le droit de lever des impôts sur la base de l'initiative franco-allemande. Celui-ci concernerait un impôt minimum vis-à-vis des entreprises tel que décidé par le G 20. Ils devraient attribuer à la Commission de l'UE le droit de lever cet impôt sur les profits réalisés sur le marché de l'UE.
- 4.2. La réalisation des objectifs climatiques décidés à Paris pose aussi un défi énorme pour le marché du travail européen. A côté d'un manque grandissant de main-d'œuvre qualifiée, il existe toujours, dans quelques États membres, un chômage important parmi les jeunes qui crée des problèmes sociaux importants. L'UE pourrait lancer une initiative de formation à l'attention de jeunes en formation ou en recherche du travail. Cette initiative concernerait plus particulièrement les États membres ayant un chômage des jeunes important. Cela permettrait de les informer activement des besoins en main-d'œuvre au niveau européen - en créant une sorte de „pôle emploi“ stratégique européen. Un tel pôle emploi européen ferait nécessairement qu'on veille davantage aux questions des langues, de la multiculturalité et de l'identité européenne.
- 4.3. La sécurité intérieure de l'UE est menacée par les flux migratoires climatiques venant d'Afrique et du Proche et Moyen Orient. Une alliance européenne de formation pour le développement et le climat pourrait offrir à une main-d'œuvre qualifiée de ces régions la possibilité de monter et, surtout, de gérer des installations de production et de stockage des énergies renouvelables (photovoltaïque, hydrogène, fioul synthétique) sur place. Ceci pourrait participer au développement économique de ces régions.
- 4.4. Le mouvement des gilets jaunes en France et les problèmes sociaux liés à la fin de l'exploitation de lignite en Allemagne et en Pologne montrent dans quelle mesure le renchérissement de l'énergie et la transformation énergétique vers une économie zéro carbone sont accompagnés de problèmes sociaux pour une grande

VDFG für Europa e.V.

Generalsekretariat	Postanschrift	Telefon:	Bankverbindung
c/o Institut Français Mainz Schillerstraße 11 D-55116 Mainz	VDFG Postfach 1106 55001 Mainz	(0049)-178 6659481 Mobil: (0049)-171 5420056 E-Mail: info@vdfg.de Internet: http://www.vdfg.de	Deutsche Bank Main BIC (SWIFT): DEUT DE DBMAI IBAN: DE45 550 700 240 0139170 00

partie de la population. Le „Green Deal“ de l'UE devrait donc attacher d'autant plus d'attention aux aspects sociaux.

VDFG für Europa e.V.

Generalsekretariat c/o Institut Français Mainz Schillerstraße 11 D-55116 Mainz	Postanschrift VDFG Postfach 1106 55001 Mainz	☎: (0049)-178 6659481 Mobil: (0049)-171 5420056 E-Mail: info@vdfg.de Internet: http://www.vdfg.de	Bankverbindung Deutsche Bank Main BIC (SWIFT): DEUT DE DBMAI IBAN: DE45 550 700 240 0139170 00
--	--	---	--